



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 960

P/XIV/205 - 11. September 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Bonn und Warschau Von Günter Markscheffel	85
3 - 4	Werbung wirbt für Werbung Ein interessanter Kongreß in München Von Fritz Heine	73
5 - 6	Bisher kamen 289 035 Die Umsiedlungen aus den Ostgebieten	51
6 - 7	In Nordrhein-Westfalen benachteiligt Zu einem neuen Blinder-Erlaß der Düsseldorfer Landesregierung	41

* * *
* *

Bonn und Warschau

Von Günter Markscheffel

Es wird sicher noch eine Weile dauern, bis sich die offizielle Bonner Politik zu einer klaren Konzeption in der Behandlung aller Probleme deutscher Ostbeziehungen durchgerungen haben dürfte. Nicht nur in der Kanzlerpartei herrscht in diesen Fragen ein völliges Durcheinander; auch im Auswärtigen Amt ist man ratlos und tritt günstigstenfalls auf der Stelle.

Die Unsicherheit unserer Beziehungen zu Polen ist in den letzten Wochen deutlicher denn je geworden. Aber unabhängig von den verschiedenen Pannen, die es gegeben hat, kristallisieren sich jetzt immer klarer folgende Erkenntnisse heraus:

- 1) Die Bundesregierung hat jede Gelegenheit zur Normalisierung der Beziehungen verpaßt und in Polen sowie in den anderen Ostblockländern der DDR das Feld zur Vertretung deutscher Vorstellungen allein überlassen.
- 2) Die Ablehnung des Rapacki-Plans hat besonders in Warschau den Verdacht gestärkt, daß Bonn keine normalen Beziehungen zu Polen wünscht und auch nicht an einer militärischen Entspannung in Mitteleuropa interessiert ist.
- 3) Die Fortsetzung dieser Art von "Ost-Politik" würde die Wirkungen der beiden zuerst genannten Fehler im negativen Sinne noch weiter steigern und bestimmt zu einer Situation führen, in der Bonn sich selbst jeder Aktionsmöglichkeit beraubt, für gesamtdeutsche Interessen in den Ostblockländern tätig zu sein.

Nun sagt man gelegentlich im Regierungslager, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Polen und anderen Ostblockländern würde die Existenz der DDR sanktionieren, d.h., man würde durch das Nebeneinander von zwei deutschen Botschaften die Zwei-Staaten-Theorie bestätigen. Aus diesem Grunde bleibt man besonders in gewissen Führungskreisen der CDU bei der Ablehnung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, befürwortet jedoch die Anbahnung von Kontakten "von Volk zu Volk". Auch in den Heimatvertriebenen-Verbänden wird mitunter eine solche Parole vertreten. Man denkt offenbar daran, daß durch "Volk zu Volk"-Beziehungen der Einfluß der kommunistischen Regierungen überspielt werden kann.

Das ist die "Diplomatie des kleinen Moritz", der nicht begriffen hat, worum es in Wirklichkeit geht. Der normale Kontakt zwischen der Bundesrepublik und Polen kann nicht im Zwielicht privater Organisationen erfolgen; er muß getragen sein von dem im internationalen Verkehr zwischen Staaten üblichen gegenseitigen Legalitätsanspruch.

Auch die Vorstellung, man könne Kontakte mit dem Ziele fördern, Polen der Sowjetunion zu entfremden, ist abwegig. Gewiß gibt es in Polen Kreise, die der Sowjetunion mit äußerster Reserve gegenüberstehen. Die Blutschuld des Hitler-Regimes an Polen ist aber viel zu groß, um annehmen zu dürfen, daß Widerstände gegen die Sowjetunion stärker sind als plump-vertrauliche Angebote von unserer Seite. Unabhängig von dem Problem der Oder/Neiße-Grenze - das bestätigen wohl die meisten Gespräche, die von Deutschen in Polen bisher geführt wurden - ist im polnischen Volk das Mißtrauen gegenüber einem wiedererstehenden deutschen Militarismus so stark, daß erst Beweise der Haltlosigkeit eines solchen Verdachts gegen uns gegeben werden müssen, ehe die Normalisierung möglich sein wird.

Deshalb genügen in der jetzigen Situation auch nicht platonische Erklärungen, etwa in dem Sinne, man sei anständig und friedliebend und werde es immer bleiben. Entscheidend für die Polen ist eine deutsche Politik, die sichtbar macht, daß sie aus nationalem und internationalem Interesse in der militärischen Entspannung in Mitteleuropa ein unmittelbares Anliegen sieht. Die offizielle Bonner Politik sollte sich selbst einmal fragen, wie weit wir davon entfernt sind.

Voraussetzung für jeden weiteren Schritt zur Entkrampfung des Verhältnisses zwischen Warschau und Bonn wird aber das möglichst baldige Kennenlernen der Probleme in jedem Lande sein. Die deutschen Bundestagsabgeordneten, die kürzlich an der Tagung der Interparlamentarischen Union in Warschau teilnahmen, haben bestätigt, wie schwierig oft die Erläuterung selbst einfacher Probleme ist. Man darf nicht vergessen, daß die polnische Publizistik bisher fast ausschließlich ihre Kenntnisse über die westdeutsche Politik aus ostzonalen Quellen speiste. Diese parlamentarischen Kontakte zu fördern, jetzt z.B. polnische Abgeordnete nach Bonn einzuladen, ihnen das Leben hier zu zeigen und mit ihnen über unsere Politik zu diskutieren, wäre ein wichtiger Schritt zur Überwindung des Mißtrauens. Die großen Zeitungen der Bundesrepublik sollten es sich angelegen sein lassen, Kollegen von polnischen Zeitungen einzuladen. Wissenschaftler, Künstler, Techniker oder Experten auf anderen Gebieten des öffentlichen Lebens sollten miteinander viel mehr als bisher sprechen.

Man wird bald feststellen, daß man voneinander sehr wenig weiß, daß die Zeit überreif ist, um ganz offiziell von Regierung zu Regierung miteinander Fühlung aufzunehmen. Wir dürfen dabei natürlich nicht ungeduldig sein; wer soviel Zeit verloren hat, darf sich nicht wundern, daß er das Ziel nicht gleich erreicht.

+ + +

Werbung wirbt für Werbung

Von Fritz Heine

2,5 oder 3 Milliarden DM - niemand weiß es genau - werden jährlich in Deutschland für Wirtschaftswerbung ausgegeben. Von der Stecknadel bis zur Luxusweltreise -, für alles wird geworben, werden tausenderlei Werbemittel eingesetzt.

Die Männer mit den Werbe-Ideen, die Firmen, die die Werbefeldzüge organisieren, die Verlage und Institute, die die Fertigware an den künftigen Käufer heranbringen, und diejenigen schließlich, die das ganze finanzieren, sie waren am Wochenende in München zum Werbekongreß 1959 versammelt. Richtiger gesagt: 2.000 von ihnen, denn die Werbewirtschaft beschäftigt zehntausende von Frauen und Männern und hat trotzdem einen Kräftermangel, wie kein anderer Wirtschaftszweig.

Deutlich wurde sichtbar, welche außerordentlich wichtige Rolle die Tagespresse - durch das Anzeigenwesen - und das Druckgewerbe - für die gedruckten Werbemittel - spielen. Sie halten trotz Film, Funk und Fernsehen und der vielen anderen Werbemedien den beherrschenden Platz, wenn es darum geht, den 15 Millionen Haushaltungen ein Gesamtbild dessen zu geben, was alles zu kaufen ist. Zeitungen und Druckereien bieten offenbar noch immer die wirkungsvollsten, am weitesten streuenden und darum billigsten Möglichkeiten, den Kontakt zum Kunden zu finden.

Neu, aber nicht zu übersehen, war das massierte Auftreten der grossen amerikanischen und deutschen Werbe-Agenturen, die teilweise mit Dutzenden ihrer führenden Leute vertreten waren und vielfach an die Stelle der Ein-Mann-Betriebe getreten sind.

Es liegt im Wesen der Werbung, daß sie sich in erster Linie mit dem Menschen, seinen Gewohnheiten und Verhaltensweisen, seinen Vorbildern und Vorurteilen beschäftigen muß, daß Psychologie und Soziologie von größter Bedeutung für sie sind. Das Bild des Menschen von heute zu zeichnen, wurde von diesem Kongreß mit viel Mühe und gescheiter Überlegung unternommen. Es gab aber auch bei aller Brillanz unverzeihliche Vereinfachungen und Arroganz bei dem Versuch, "den kleinen Mann" zu analysieren.

Die speziellen Fachfragen der Werbung und der Werbeträger wurden in zahlreichen Sondertagungen erörtert. Teilnehmerzahlen von 500, 800 und 1.300 zeigen das besondere Interesse und die Arbeitsbereitschaft der Kongressisten, die - wie Münchens populärer Oberbürgermeister

Thomas Wimmer in seiner beifallumrauschten Begrüßungsrede mit Bedauern konstatierte - ihre Tagung vorsichtigerweise vor dem Oktoberfest durchführten.

In bemerkenswertem Ausmaß waren die Verhandlungen des Vollkongresses der Verteidigung der Werbung gewidmet. Verteidigung gegen Regierungsattacken auf die Werbefreiheit durch geplante Musterbau-Ordnungen, die die Außenwerbung neuen rechtskundlichen Lagen unterwerfen und der Baupolizei die Möglichkeit geben würden, ihre durchaus nicht allgemein gültigen Vorstellungen von Ästhetik mit legaler Macht durchzusetzen.

Verteidigung gegen vielerorts vorgesehene neue Straßenbauordnungen, die den Gemeinden das Recht geben würde, zum Beispiel den Zeitungskiosk zu beseitigen und den Luftraum über der Straße "steuerlich zu erfassen" und damit vielen 10.000 Kleingewerbetreibenden eben diese Luft abzuschneiden.

Verteidigung aber auch gegen die vielfach vorgebrachte These, Werbung sei volkswirtschaftlicher Leerlauf, verteuere das Produkt und führe in Versuchung ... Die maßgebenden Vertreter der Werbewirtschaft waren freimütig genug, zuzugeben, daß auch in der Werbung nicht alles in Ordnung und zu billigen sei.

Aber ebenso, wie man nicht wegen ein paar Tausend Halbstarker die heutige Jugend verurteilen wird, so wäre es töricht, die Werbung insgesamt abzulehnen. Sie ist an sich weder gut noch schlecht. Sie ist eine Technik, ein Medium und kann für gute oder schlechte Zwecke wirtschaftlich und politisch eingesetzt werden.

Der Versuch eines Spätliberalen, ein Tabu zu errichten: "Polenik gegen Werbung ist Angriff auf unsere Gesellschaftsordnung", war weder überzeugend noch der Sache der Werbung dienlich. Ungleich wirkungsvoller war die hervorragende Auseinandersetzung von Prof. Wilhelm, Braunschweig, mit der modernen national-ökonomischen Theorie, der er Vernachlässigung der praktischen Lebensdurchführung vorwarf.

Den größten Beifall erntete ein Redner mit seinem Hinweis auf die Tatsache, daß die Arbeitszeitverkürzung noch immer weitgehend an der Hausfrau vorbeigegangen sei. Wenn die freizeitbescherten Männer mit billigen Ratschlägen in den Hausfrauenbereich eindringen, könnten sie Gefahr laufen, am Abwaschtisch zu landen. Das würde sie bereitwilliger machen, der Hausfrau arbeitsparende Maschinen zu bewilligen. Daher Appell an die Werbung, bei der Haushaltswerbung künftig auch an die Männer zu denken ...

Bisher kamen 289 035

rh. Im Rahmen der sogenannten Familienzusammenführung sind in den letzten drei Jahren aus den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten bis Ende Mai 1959 insgesamt 289 035 Deutsche in die Deutsche Bundesrepublik umgesiedelt worden. Die Zahl derjenigen Ostdeutschen, die sich nach der deutschen Sowjetzone hatten umsiedeln lassen, ist nicht genau bekannt, da zahlreiche Deutsche die Sowjetzone nur als Durchgangsstation angaben und dann weiter westwärts gingen. Allerdings ist die Zahl der nach der Sowjetzone Umgesiedelten unverhältnismässig geringer. Insgesamt übertrifft jedoch die Zahl der bisher aus den deutschen Ostgebieten Umgesiedelten um das Mehrfache die Schätzungen, die von polnischer Seite vor der Umsiedlung angestellt wurden. Warschau rechnete damals mit rund 60 000 Deutschen, die sich für die Umsiedlung melden würden, und nicht damit, dass die Familienzusammenführung auch Gebiete erfassen könnte, in denen von Warschau keine Deutschen registriert wurden.

Diese nicht registrierten Deutschen meldeten sich vor allem im polnisch verwalteten Teil von Ostpreussen und in Oberschlesien. Auch in Niederschlesien und in Pommern gab es viel mehr aussiedlungswillige Deutsche, als man offiziell angenommen hatte. Heute noch hat das Deutsche Rote Kreuz rund 34 000 unerledigte Rückführungsfälle registriert, die über 100 000 Deutsche angehen. Da die grossen Sammeltransporte seit dem 17. Februar dieses Jahres eingestellt sind, können aussiedelnde Deutsche nur noch familienweise oder als Einzelpersonen an der Zonengrenze eintreffen, auch die Kosten der Umsiedlung haben sich bedeutend erhöht. Immerhin treffen auch jetzt noch monatlich im Durchschnitt 2500 bis 2600 Umsiedler aus den deutschen Ostgebieten ein. Die Umsiedlungsaktion wird auf diese Weise jedoch kaum in diesem Jahr abgeschlossen werden können, falls sich Warschau nicht zu einigen "Sondermassnahmen" entschliesst. Bei dem ständigen Bedarf an Fachkräften in der polnischen Industrie und vor allem im Kohlenbergbau ist dies jedoch kaum anzunehmen.

Die übrigen Umsiedlungen von Deutschen aus dem Osten und Südosten (Sowjetunion, Rumänien und Tschechoslowakei) gehen nur sehr schleppend vor sich. Aus der Sowjetunion treffen in diesem Jahr monatlich zwar mehr Deutsche ein, als im Monatsdurchschnitt des Vorjahres mit 460 Personen (die Umsiedlung lief vertragsmässig im April an), doch ist bisher nur die Zahl von 6 835 Umsiedlern erreicht worden. Auf diese Weise wird es kaum möglich sein, die Umsiedlung bis zur Jahresende abzuschliessen. Aus Rumänien treffen monatlich nur 10 bis 15 Einzelreisende ein, die Umsiedlung stockt auch weiterhin und aus Bukarest ist nicht zu erfahren, welche Änderungen Rumänien als massgebend und ausreichend ansieht. Bei den Rumänien-Deutschen handelt es sich fast ausnahmslos um echte Familienzusammenführungen von Deutschen, die seit dem Kriegsende getrennt sind und vielfach erst in den letzten Jahren feststellen konnten, dass ihre Familienangehörigen noch leben. Auch aus der Tschechoslowakei kommen im Monatsdurchschnitt nur etwa 30 deutsche Aussiedler, obwohl es sich auch da um einige tausend von Aussiedlungsanträgen handelt. In beiden Fällen - Rumänien und Tschechoslowakei - können sich vor allem die unteren Behördeninstanzen nicht zu einer rascheren Erledigung der Anträge entschliessen.

+ + +

In Nordrhein-Westfalen benachteiligt

Chr. S. In der Nachkriegszeit hat die Sozialpolitik für Blinde eine erhebliche und begrüssenswerte Ausweitung erfahren. In allen Ländern der Bundesrepublik erhalten die Blinden eine monatliche Beihilfe, Pflegegeld genannt. Nur Nordrhein-Westfalen bildet eine Ausnahme. Das Pflegegeld soll für diese Kategorie Hilfloser, die sich ohne ständige Begleiter und Helfer im Leben nicht mehr selbständig bewegen können, ein gerechter Ausgleich für Mehrausgaben sein.

Die kürzlich von der Düsseldorfer Landesregierung erlassenen neuen Vorschriften zeigen eine strenge Fassung und lassen nur den

zum Kreis der Anspruchsberechtigten zu, der wirklich schon das Augenlicht verloren hat. Der Erlass unterscheidet den Hochgradigsehschwachen mit mehr als 95 Prozent Erblindung und den Praktischblinden (Vollblinden) mit mehr als 98 Prozent Erblindung. Für beide Gruppen von Blinden sind die Monatsbeträge ab 1. August um 20,-- DM erhöht worden. Der Hochgradigsehschwache erhält nur anstatt 50,-- DM 70,-- DM, der Totalblinde anstatt 90,-- DM 110,-- DM. Trotz dieser Erhöhung bleiben diese Sätze noch immer hinter den Leistungen anderer Länder zurück.

Bayern, Hessen haben seit längerer Zeit nicht nur höhere Monatsbeträge, sondern verzichten auch auf die Einhaltung einer Einkommensgrenze. In Nordrhein-Westfalen setzt aber die Gewährung des Pflegegeldes voraus, dass der Blinde eine gewisse Einkommensgrenze nicht überschreitet. Man hält ihn damit unter ständiger Beobachtung der Fürsorgeämter und raubt ihm einen Teil seiner Bewegungsfreiheit.

Auf dem letzten Blindentag im Februar 1959 war diese Einkommensbegrenzung heftiger Kritik ausgesetzt. Um den unsozialen Charakter dieser Massnahme zu betonen, hat man sogar zwei verschiedene Grenzbeträge eingeführt. Dem Vollblinden wird die Beihilfe verweigert, wenn er mehr als 550,-- DM Rente oder Lohn im Monat erhält. Beim Hochgradigsehschwachen, der mit seiner 95prozentigen Erblindung nirgendwo Arbeit findet und wirtschaftlich dem Vollblinden gleichsteht, liegt die Einkommensgrenze bei 215,-- DM. Hierdurch werden die meisten Hochgradigsehschwachen von der Beihilfe ausgeschlossen und der Verelendung preisgegeben.

Die Vertreter der SPD haben im Sozialausschuss des Landtages wiederholt die Beseitigung der Einkommensgrenze gefordert. Die CDU und ihr Arbeits- und Sozialminister halten aber an erzreaktionären Zuständen fest und verewigen die materielle Not unglücklicher Mitmenschen. Das christliche Gebot von der Nächstenliebe haben sie umgeändert in den Spruch: Liebe dich selbst mehr als deinen Nächsten!

+ + +